

KARL SCHWARZ

Überlegungen zu Zahl und Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland im Zusammenhang mit Überlegungen zu den grenzüberschreitenden Wanderungen

Kurzfassung

Modellrechnungen ergeben, daß sich die Bevölkerung in Deutschland von heute über 80 Mio. ohne weitere Zuwanderung bis zum Jahr 2030 auf etwa 65 Mio. vermindert, weil je 100 Frauen nur noch ca. 140 Kinder geboren werden. Zur langfristigen Erhaltung des Bevölkerungsstandes wären dagegen rund 210 erforderlich. Für die Deutschen im neuen Bundesgebiet, von heute rund 74 Mio., würden sich nur noch etwa 57 Mio. ergeben. Ferner würde der Bevölkerungsanteil der über 60jährigen von z.Z. etwas über 20 % allmählich auf über 35 % steigen. Bei 210 Kindern je 100 Frauen im Lebensablauf wären dagegen nur knapp 25 % zu erwarten.

Zur Erhaltung des gegenwärtigen Bevölkerungsstandes müßten jährlich – per saldo – 300 000 bis 400 000 Personen – je nach den Annahmen über deren Altersstruktur – zuwandern. In 40 Jahren wäre dann fast jeder Vierte Ausländer oder würde von Ausländern abstammen, in den Ballungsgebieten wahrscheinlich jeder Zweite. Eine entscheidende Änderung der Altersgliederung wäre nicht zu erwarten; denn selbst bei der genannten massiven Zuwanderung würde der Anteil der über 60jährigen allmählich fast 35 % erreichen. Es ist also falsch, davon auszugehen, die Probleme der Alterung der Bevölkerung, die sich im Bereich der Sozialversicherungssysteme besonders stark auswirken, könnten durch Einwanderung gelöst werden. Eine solche Betrachtungsweise übersieht, daß nicht nur Kinder zuwandern, daß auch die Einwanderer allmählich älter werden und daß aus Beitrags- und Steuerzahlern mit der Zeit Leistungsempfänger werden.

Für die Integration oder gar Assimilation einer Ausländerbevölkerung in der genannten Größenordnung ist von entscheidender Bedeutung, aus welchen Kulturkreisen sie kommen und welche Qualifikationen sie mitbringen.

Vorbemerkungen

In einer Tageszeitung fand sich vor einiger Zeit zum Thema "Arbeit und Wohnraum für Aussiedler gesucht" folgende Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: "Nicht zuletzt werde das System der sozialen Sicherheit profitieren: Vier Fünftel der Aussiedler seien unter 45 Jahre alt – damit werde vor allem das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern verbessert". Ähnliche Erklärungen haben jüngst andere zum Thema Einwanderung abgegeben.

Im folgenden wollen wir mit Hilfe von Modellrechnungen (nicht Prognosen) prüfen, ob und in welchem Umfang solche Erwartungen gerechtfertigt sind. Sie sind für viele gesellschaftspolitische Überlegungen, daran besteht kein Zweifel, vornehmlich von größter finanzpolitischer Bedeutung. Das gilt vor allem für die sozialen Sicherungssysteme, deren Finanzierung auf dem Umlageverfahren beruht. Damit ist ein Verfahren gemeint, bei dem – im Unterschied zum sog. Kapitaldeckungsverfahren wie in der privaten Lebensversicherung – die Einnahmen durch Beiträge und evtl. Zuschüsse des Staates noch in der gleichen Zeitperiode – mit Ausnahme evtl. Rücklagen – dazu verwendet werden, die Geld- und Sachleistungen zu finanzieren. Besonders wichtige Beispiele sind die Altersversorgungssysteme, wie die Rentenversicherung, die Altersversorgung der Landwirte, die Altersversorgungssysteme der Freien Berufe und die Beamtenversorgung, aber auch alle Zweige der Krankenversicherung, nicht nur der gesetzlichen. Eine auf dem Umlageverfahren beruhende Pflegeversicherung soll demnächst dazukommen.

Diese Systeme reagieren vor allem dann sehr empfindlich auf demographische Strukturveränderungen, wenn Beitrags- und Steuerzahler auf der einen und die Leistungsempfänger auf der anderen Seite unterschiedlichen Altersgruppen angehören und wenn hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung bedeutende Veränderungen zu erwarten sind. Wer kennt nicht das Schlagwort "Wer bezahlt demnächst unsere Renten?". Es geht jedoch nicht nur um die Renten und andere Unterhaltsleistungen im Alter, sondern beispielsweise auch um die Leistungen im Falle von Krankheit und Pflegebedürftigkeit; denn alte Menschen sind viel häufiger und länger krank und pflegebedürftig als diejenigen, welche die Hauptlast der Finanzierung tragen. Für die Altersversorgung können wir für eine Tendenzaussage von dem sog. "Alterslastquotienten" ausgehen. Er beschreibt das Verhältnis der 60jährigen und Älteren, welche die Leistungsempfänger repräsentieren, zu den 20- bis 59jährigen, die für die Beitragszahler stehen. In der Tat haben viele Berechnungen ergeben, daß die Entwicklung des "Alterslastquotienten" ziemlich genau – wenn auch auf einem anderen Niveau – dem "Rentnerquotienten", d.h. dem Verhältnis der Zahl der Leistungsempfänger zur Zahl der Beitrags- und Steuerzahler, folgt (1).

Auf dem Hintergrund solcher Überlegungen wollen wir zuerst prüfen, wie sich Zahl und Altersgliederung der Bevölkerung in Deutschland verändern, wenn überhaupt keine grenzüberschreitenden Wanderungen stattfinden oder

sich die Zu- und Fortzüge auch in bezug auf Alter und Geschlecht zu null saldieren. Dann wollen wir prüfen, in welchem Umfang Einwanderung erforderlich ist, um den gegenwärtigen Bevölkerungsstand zu erhalten, und was ein solcher Umfang der Einwanderung für die Altersstruktur der Bevölkerung bedeuten würde.

Bevölkerungsentwicklung ohne Wanderungen

Ende 1990 lebten in Deutschland 79,8 Mio. Menschen, davon 63,8 Mio. in den alten und 16,0 Mio. in den neuen Bundesländern. Rund 74,5 Mio. waren Deutsche, weitere 5,3 Mio. Ausländer. Nach drei großen Gruppen ergab sich folgende Verteilung nach dem Alter:

- unter 20 Jahren: 17,3 Mio. (= 21,7 %)
- 20 bis 59 Jahre: 46,2 Mio. (= 57,9 %)
- 60 Jahre und mehr: 16,3 Mio. (= 20,4 %).

Wir nehmen jetzt für eine Modellrechnung an, daß wir es in Zukunft mit einer geschlossenen Bevölkerung, also einer Bevölkerung zu tun haben, für deren Entwicklung nach Zahl und Altersstruktur nur die altersspezifische Geburtenhäufigkeit und altersspezifische Sterblichkeit der Bevölkerung von Belang sind. Dabei gehen wir von folgenden Prämissen aus:

Alte Bundesländer:

Die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit bleibt auf dem Niveau von 1989 konstant. Das entspricht (im Lebensablauf) einer zusammengefaßten Geburtenziffer von rund 140 Kindern je 100 Frauen, einer Nettoerproduktionsrate von 0,67 und etwa 160 Kindern je 100 Ehen, wenn rund 80 % der Frauen heiraten. Entsprechend den Beobachtungen in den vergangenen 15 Jahren wird bis zum Jahr 2000 eine weitere Zunahme der Lebenserwartung (1989: 72,6 Jahre für neugeborene Knaben und 79,0 Jahre für neugeborene Mädchen) um etwa zwei weitere Jahre angenommen. Danach soll das Sterblichkeitsniveau konstant bleiben.

Neue Bundesländer:

Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit gleichen sich allmählich dem Stand in den alten Bundesländern an. Bei diesen Annahmen wäre mit einer Bevölkerungsentwicklung (Deutsche plus Ausländer) zu rechnen, wie sie in Tabelle 1 dargestellt ist. Das Ergebnis ist eine sich beschleunigende Abnahme der Gesamtbevölkerung bei unterschiedlicher Entwicklung für Deutsche und Ausländer. Die Zahl von ursprünglich 5,3 Mio. Ausländern oder 6,6 % der Gesamtbevölkerung hätte bis zum Jahr 2000 auf 5,8 Mio. oder 7,4 % und bis zum Jahr 2030 auf 7,0 Mio. oder fast 11 % durch den Geburtenüberschuß zugenommen. Für die deutsche Bevölkerung mit 74,5 Mio. im Jahr 1990 hätte sich dagegen – wegen des Überschusses der Sterbefälle über die Geburten – eine

Tabelle 1:
Bevölkerungsentwicklung (Deutsche plus Ausländer)
in den alten und neuen Bundesländern

Jahr	Alte Länder in Mio.	Neue Länder in Mio.	Insgesamt	
			in Mio.	in % (1990 = 100)
1990	63,8	16,0	79,8	100
2000	62,4	15,6	78,0	98
2010	59,6	15,0	74,6	93
2020	55,9	14,2	70,1	88
2030	51,5	13,0	64,5	81

Abnahme auf 72,2 Mio. im Jahr 2000 und nur noch 57,5 Mio. im Jahr 2030 ergeben (2). Bei Beibehaltung der Annahmen würde sich auf lange Sicht – grob gerechnet jedoch schon nach etwa 60 Jahren – jährlich ein Überschuß der Sterbefälle über die Geburten von etwa 14 auf 1 000 der Bevölkerung ergeben oder im Abstand der Generationen, d.h. jeweils nach etwa 28 Jahren, eine Abnahme der Bevölkerung um 33 %. Im Jahr 2050 wäre also nur noch eine Bevölkerung von 50 bis 55 Mio. vorhanden, im alten Bundesgebiet von etwas über 40 Mio. Zugleich würden kaum vorstellbare Veränderungen der Altersstruktur eintreten, welche insbesondere den Anteil der älteren Bevölkerung betreffen. So würde der Anteil der über 60jährigen von heute 20 % bis zum Jahr 2010 auf über 25 %, danach weiter auf 35 bis 40 % im Jahr 2030 steigen und sich allmählich auf einem Niveau von fast 35 % stabilisieren (3). Z.Zt. beträgt der "Altlastenquotient" 20 : 58 = 0,34, oder (mit dem Vorbehalt, daß nicht alle 20- bis 64jährigen Beitragszahler und nicht alle über 64jährigen Rentner sind): drei Beitragszahler "ernähren" einen Rentner. Im Verlauf von rund 40 Jahren würde sich der Quotient jedoch auf das Doppelte erhöhen, weil sich neben dem Anteil der Kinder und Jugendlichen auch der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter vermindern würde. D.h. um das Jahr 2030 wäre ein nicht mehr Erwerbstätiger nicht mehr von drei, sondern schon von 1,5 Betrags- und Steuerzahlern zu alimentieren. Eine Abnahme der Bevölkerung würde langfristig vermieden werden, wenn von 100 Frauen nicht, wie jetzt, nur 140, sondern etwa 210 Kinder geboren werden würden, weil dann – bei der heutigen Sterblichkeit und bei 106 Knabengeburten auf 100 Mädchengeburten – die Zahl der Lebendgeborenen gerade ausreicht, um die Generationen der Eltern zu ersetzen. Dazu wäre eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit um 50 % bzw. des Anteils der Frauen mit drei oder mehr Kindern von rund 15 auf rund 45 % notwendig. Das ist theoretisch denkbar, faktisch aber ganz unwahrscheinlich. Bevor wir zu Überlegungen zum Effekt grenzüberschreitender Wanderungen kommen, wollen wir trotzdem prüfen, welche Auswirkungen die genannte Zunahme der Geburtenhäufigkeit auf die Altersstruktur der Bevölkerung haben würde. Hierzu genügt es, die Zahlen heranzuziehen, die sich

aus der "Absterbeordnung" (bzw. den Überlebenden) einer Sterbetafel ergeben, die wir auch als stationäre Bevölkerung mit der Zuwachsrate null interpretieren können. Als Beispiel gehen wir von der Sterbetafel 1986/88 des Statistischen Bundesamtes für die alten Bundesländer aus (4). Aus ihr leiten wir folgende Altersstruktur der Bevölkerung (in %) ab:

Tabelle 2:
Altersstruktur der Bevölkerung (in %)

Alter in Jahren	Männlich	Weiblich	Insgesamt
unter 20	27,4	25,2	26,3
20 bis 59	52,2	49,3	50,8
60 und älter	20,4	25,5	22,9
Zusammen	100	100	100

Danach ist zwar – weil die stationäre Bevölkerung 1986/88 rund 210 Kinder je 100 Frauen voraussetzt – der Anteil der Kinder und Jugendlichen größer als bei der tatsächlichen Bevölkerung von heute, aber auch der Anteil der 60jährigen und älteren mit fast 23 % im Vergleich zu 20,4 % der tatsächlichen Bevölkerung Deutschlands im Jahr 1990 (5). Eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit auf das Bestandserhaltungsminimum würde also den Anteil der Älteren, den wir heute haben, nicht vermindern. Es hat eben alles seinen Preis. Ein langes Leben in Gesundheit ist ein Ziel, das von niemand in Frage gestellt wird. Wir sind stolz darauf, daß die Lebenserwartung der Neugeborenen nicht mehr 40 Jahre, wie noch im vergangenen Jahrhundert, sondern, z.B. für Frauen, schon fast 80 Jahre beträgt. Doch müssen wir dafür entweder länger arbeiten oder unsere Kinder bezahlen lassen.

Stellen wir uns aber jetzt noch die Frage, wieviele Kinder wir bei den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen haben müßten, wenn erreicht werden sollte, daß der Bevölkerungsanteil der 60jährigen und älteren – wie vor dem Ersten Weltkrieg – weniger als 10 % beträgt. Dazu wären im Durchschnitt der Frauen fast vier Kinder erforderlich, was man als blanke Utopie bezeichnen kann. So viele Kinder müßte man sogar als Katastrophe ansehen; denn sie würden auf eine Verdoppelung der Einwohnerzahl in 40 Jahren hinauslaufen (6).

Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderliche Wanderungen und Implikationen für die Altersstruktur

Unsere Überlegungen zum Umfang der grenzüberschreitenden Wanderungen, der erforderlich ist, um einen Bevölkerungsrückgang aufzuhalten, werden mit einer Modell-

rechnung eingeleitet, für die Jahr für Jahr ein Zuwanderungsüberschuß von 100 000 Personen mit der Altersgliederung der Zuwanderer von 1986 unterstellt und überdies angenommen ist, daß Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit der Zuwanderer dem Niveau der inländischen Bevölkerung entsprechen (7).

Dieses Modell ist realitätsnah. Es unterstellt, daß man nicht nur von ganz jungen Zuwanderern ausgehen kann. Bei den noch zu erwartenden deutschen Aussiedlern ist das ohnehin nicht anzunehmen. Überdies ist auch bei jungen Zuwanderern mit dem späteren Nachzug älterer Familienangehöriger zu rechnen. Schließlich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgestellt, daß in der Tat eine rasche Angleichung des Fertilitätsverhaltens der Zuwanderer an das der einheimischen Bevölkerung stattfindet. Daß überproportional Personen mit überhöhtem Sterberisiko einwandern würden, ist auch nicht zu erwarten.

Die angenommene Altersgliederung des Zuwanderermodells geht aus der ersten Zeile der Tabelle 3 hervor. Sie unterscheidet sich von der Altersgliederung der einheimischen Bevölkerung dadurch, daß diese bedeutend älter ist. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen beträgt 31 % im Vergleich zu 22 % bei der einheimischen Bevölkerung und der Anteil der über 59jährigen nur 14 % im Vergleich zu 20 % bei der Bevölkerung heute.

Damit das Modell überschaubar bleibt, gehen wir – wie gesagt – von jährlich 100 000 Zuwanderern aus, wobei diese Zahl als Saldo von Zu- und Fortzügen anzusehen ist.

Unsere Zuwanderungsbevölkerung wächst bis zum Simulationsjahr 25 im Rhythmus des Umfangs der jährlichen Zuwanderung, obwohl ihre Reproduktionsrate – wie die der einheimischen Bevölkerung – unter 1 liegt. Erst danach bleibt ihre Zunahme dahinter zurück. So ergibt unsere Simulationsrechnung nach 50 Kalenderjahren nicht eine Zuwanderungsbevölkerung von 5,0, sondern nur von 4,73 Mio. Das hängt mit den Veränderungen der Altersgliederung der Zuwanderungsbevölkerung zusammen, die sich von einer verhältnismäßig jungen Bevölkerung allmählich derjenigen der einheimischen Bevölkerung von heute nähert. Nach 50 Kalenderjahren sind nur noch 21 % der Zuwanderungsbevölkerung unter 20, aber 23 % über 59 Jahre alt, obwohl ständig ein Nachzug jüngerer Personen unterstellt ist. Die Situation wäre nur völlig anders, wenn ausschließlich ganz junge Menschen zuziehen würden, was in der Wirklichkeit nicht vorkommt und auch kaum durch Reglementierungen zu erreichen wäre. Das Beispiel lehrt außerdem, daß man bei der Beurteilung der Verjüngungswirkung von Einwanderung in Betracht ziehen muß, daß auch junge Einwanderer allmählich älter werden. Ein großer Teil des Einwanderungseffektes für die Altersgliederung der Aufnahmebevölkerung ist infolgedessen vorübergehender Natur. Um auf das Zitat ganz am Anfang zurückzukommen: Aus Beitragszahlern der Rentenversicherung werden allmählich Rentenempfänger.

Tabelle 3:
Entwicklung einer Bevölkerung von jährlich 100 000 Zuwanderern über einen Zeitraum von 50 Jahren

Simulations-jahr	Meßgröße	Zugew. Bevölk. insges.	davon im Alter von . . . Jahren			auf 100 20- bis 59jährige		
			bis 19	20–59	60 u. mehr	bis 19jährige	über 59jährige	bis 19- und über 59jährige
1	in Tsd.	100	31	55	14			
	in %	100	31	55	14	57	26	83
5	in Tsd.	502	149	278	75			
	in %	100	30	55	15	54	27	81
10	in Tsd.	1 001	283	567	156			
	in %	100	28	56	16	50	28	78
15	in Tsd.	1 501	400	858	243			
	in %	100	27	56	17	47	28	75
20	in Tsd.	2 001	499	1 161	341			
	in %	100	25	58	17	43	29	72
25	in Tsd.	2 499	583	1 475	441			
	in %	100	24	58	18	40	30	70
30	in Tsd.	2 986	673	1 754	559			
	in %	100	23	58	19	38	32	70
35	in Tsd.	3 461	762	2 010	689			
	in %	100	22	59	19	38	34	72
40	in Tsd.	3 886	843	2 219	824			
	in %	100	22	57	21	38	37	75
45	in Tsd.	4 320	913	2 449	958			
	in %	100	21	57	22	37	39	76
50	in Tsd.	4 730	976	2 666	1 088			
	in %	100	21	56	23	37	41	78

Quelle: eigene Berechnungen

Oben kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung Deutschlands ohne Zu- und Abwanderung bis zum Jahre 2030 von 79,8 auf 64,5 oder um 15,3 Mio. abnimmt. Nach Tabelle 3 beträgt die kumulierte Zahl der Zuwanderer, einschließlich des Effekts der Geburten und Sterbefälle, nach 40 Kalenderjahren bei jährlich 100 000 Zuwanderern 3,9 Mio. Die bis zum Jahr 2030 zu erwartende Bevölkerungslücke könnte demnach nur gefüllt werden, wenn statt jährlich 100 000 Personen jährlich fast 400 000 ($(15,3 : 3,9) \times 100\,000 = 392\,000$) zuziehen (8). Gehen wir von 392 000 aus, ergibt sich folgende Bevölkerungsentwicklung einschließlich Wanderungen:

1990 : 79 800 000
2000 : 81 924 000
2010 : 82 444 000
2020 : 81 805 000
2030 : 79 733 000

Im Jahre 2000 wären das fast 4 Mio., im Jahr 2010 rund 7,8 Mio., im Jahr 2020 rund 11,7 Mio. und im Jahr 2030 rund 15,2 Mio. neu hinzugekommene Zuwanderer einschließlich Abkömmlinge und ausschließlich der nach der Zuwanderung Verstorbenen. Dazu wären 7 Mio. Ausländer aus der

hier schon vorhandenen ausländischen Bevölkerung zu zählen. Stellt man außerdem in Rechnung, daß sich unter den Zuwanderern etwa 2 Mio. deutsche Aussiedler befinden könnten, wäre im Jahr 2030 (ohne Einbürgerungen (9)) mit etwa 20 Mio. Personen ausländischer Abkunft zu rechnen. Das wäre dann jeder Vierte. Allerdings würden sich sehr viele schon jahrzehntelang in Deutschland aufgehalten haben, und ebenfalls sehr viele wären in Deutschland geboren und eingebürgert worden.

Es steht außer Zweifel, daß sich die Zuwanderer und ihre Abkömmlinge in den Ballungsgebieten häufen würden. Hier leben schon jetzt viel mehr Zugewanderte als in anderen Gebieten. Bei der Erfüllung unserer Modellannahmen müßte man infolgedessen wohl davon ausgehen, daß es sehr viele Gebiete geben würde, in denen der Anteil ausländischer Einwanderer und ihrer Kinder und Enkel mehr als 50 % beträgt. Es ist hier nicht der Ort, auf die damit verbundenen Integrations- und Assimilationsprobleme einzugehen. Sie lassen sich ohnehin kaum voraussagen. Sie zu bagatellisieren wäre allerdings mehr als fahrlässig. Die Altersgliederung, die wir bei jährlich fast 400 000 Zuwanderern zu erwarten hätten, geht aus Tabelle 4, Zeilen (a) hervor.

Tabelle 4:
*Bevölkerungsentwicklung Deutschlands nach dem Alter
bei 2 Annahmen über die Zuwanderung 1991–2030 (in %)*

Alter in Jahren	Wanderungs- annahme *	J a h r				
		1991	2000	2010	2020	2030
bis 19	a	21,7	21,5	19,2	17,8	17,7
	b	21,7	21,3	18,9	17,3	17,2
20 – 59	a	57,9	55,3	55,5	53,8	49,1
	b	57,9	55,1	55,3	53,3	47,9
60 und älter	a	20,4	23,2	25,3	28,4	33,2
	b	20,4	23,6	25,8	29,4	34,9
Insgesamt		100	100	100	100	100

*) Bis 2030 jährlich im Durchschnitt a) 392 000, b = 100 000 per Saldo; Einzelheiten s. Text

Quellen: a: eigene Berechnungen

b: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik (1992) 4

Danach bleibt die Altersgliederung von heute nicht erhalten, sondern verändert sich sukzessive zuungunsten der jüngeren und zugunsten der älteren Bevölkerung über 60 Jahre. Von 20,4 % im Jahre 1991 wächst der Anteil der 60jährigen und älteren über 25,3 % im Jahr 2010 auf 33,2 % im Jahr 2030. Trotz der angenommenen riesenhaften Zuwanderung von (per Saldo) jährlich fast 400 000 Menschen findet also eine fortschreitende Alterung der Bevölkerung statt. Sie erreicht zwar nicht das Ausmaß der Alterung, das ohne alle Wanderungen zu erwarten wäre und in diesem Falle zwischen 35 und 40 % liegen würde, bleibt dahinter aber nicht entscheidend zurück.

Zum Vergleich haben wir in den Zeilen (b) die Ergebnisse einer Vorausschätzung der amtlichen Statistik hinzugefügt, die zu erwarten wären, wenn die jährliche Zuwanderung nur 100 000 beträgt und sich diese wie folgt auf Einzeljahre verteilt:

1991 – 1995 : jährlich 341 000

1996 – 2000 : jährlich 130 000

2001 – 2010 : jährlich 61 000

2011 – 2030 : jährlich 53 000

In diesem Fall steigt der Anteil der 60jährigen und Älteren allmählich auf 35 %. Der Unterschied ist demnach nicht groß. Erwähnen wir noch die Bevölkerungsentwicklung unter diesen Annahmen. Sie sieht wie folgt aus:

1990: 79,8 Mio.

2000: 81,1 Mio.

2010: 78,9 Mio.

2020: 75,0 Mio.

2030: 69,9 Mio.

Hiernach findet, ausgelöst durch die Zuwanderer, nicht bis zum Jahr 2010, sondern nur bis zum Jahr 2000 eine leichte Bevölkerungszunahme statt. Der Bevölkerungsstand im Jahr 2030 liegt um 10 Mio. unter dem heutigen.

Es entsteht selbstverständlich bei beiden Modellen die Frage, woher die Zuwanderung in Millionenhöhe kommen könnte. Darauf wollen wir nicht im Detail eingehen. Wir begnügen uns vielmehr mit dem Hinweis, daß das Potential denkbarer Zuwanderer aus dem Bereich auch einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft recht begrenzt ist; denn das generative Verhalten ähnelt fast überall demjenigen in Deutschland. Infolgedessen kämen langfristig fast nur Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen, vor allem aus Vorderasien und Nordafrika, in Frage, wo die Bevölkerung rapide wächst und die Entwicklungsmöglichkeiten sehr begrenzt sind.

Schlußfolgerungen

Unsere Modelle haben bewiesen, daß eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit die Entwicklung von Zahl und Altersstruktur der Bevölkerung viel wirkungsvoller beeinflussen würde als eine massive Einwanderung. Eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit würde zwar nicht alle mit der Alterung der Gesellschaft verbundenen Probleme lösen, diese aber bedeutend vereinfachen. Zugleich würden damit die mit hoher Einwanderung verbundenen gesellschaftlichen Spannungen und sozialen Kosten vermieden werden. Ferner würden sich keine Assimilationsprobleme ergeben. Die Auseinandersetzung zwischen denjenigen, welche die demographischen Probleme mit einer natalistischen Politik lösen wollen, und denjenigen, die auf Einwanderung setzen, wird somit weitergehen. Vermutlich wird sie in einem Kompromiß enden. Das dürfte allerdings nichts daran ändern, daß in manchen Gebieten, insbesondere in den Ballungsgebieten, heute noch nicht vorstellbare ethnische und damit auch kulturelle Strukturen mit vielen Konflikten entstehen.

Zugleich werden die mit einer alternden Gesellschaft verbundenen Probleme bleiben. Finanziell laufen sie darauf hinaus, daß der wohl auch in Zukunft zu erwartende

Zuwachs an Wohlstand auf mehr an der Wohlstandsmehrung nicht beteiligte Köpfe verteilt werden muß und mehr daran zu denken ist, denjenigen, die Kinder erziehen, für ihre gesellschaftliche Leistung auch materiell zu danken. Dafür werden vermehrt diejenigen aufkommen müssen, die nicht oder nicht mehr für Kinder zu sorgen haben. Die Solidarität der Generationen wird vermehrt durch die Erbringung von Pflegeleistungen gefordert sein.

Unter regionalen Aspekten ist aus Vorausschätzungen der Bevölkerung bekannt, daß der Alterungsprozeß im Umland der Verdichtungsgebiete und in den ländlichen Räumen rascher voranschreiten dürfte als in den Verdichtungskernen, weil in der Vergangenheit viele junge Familien aus diesen Kernen in das Umland umgezogen sind und dort jetzt allmählich älter werden. Damit würde die Bereitstellung weiterer Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen in Zukunft die Ballungkerne weniger tangieren als die übrigen Gebiete. Als neues Problem wird dort jedoch die Frage auftauchen, wie den speziellen Bedürfnissen einer immer größer werdenden älteren Ausländerbevölkerung mit heterogener ethnischer Herkunft Rechnung getragen werden kann.

Anmerkungen

(1)
Barth, S.; Hain, W.: Demographie und Rentenversicherung. Langfristige Vorausrechnungen zu den Rentenfinanzierungen. In: Deutsche Rentenversicherung (1992) 10–11, S. 724 f.

(2)
Thon, M.: Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahr 2030. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (1991) 4, S. 706 f.

(3)
Kühn, J.; Schwarz, K.: Modelluntersuchungen zur Beurteilung der Auswirkungen von Veränderungen der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit auf Entwicklung und Altersaufbau der Bevölkerung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften (1975) 3–4, S. 73 f.

(4)
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992, S. 81

(5)
Dieser etwas überraschende Sachverhalt ergibt sich daraus, daß heute unter den über 60jährigen die mehr als 3 Mio. Gefallenen des Zweiten Weltkriegs fehlen und im Ersten Weltkrieg sehr wenige Kinder geboren wurden. Ohne dieses Erbe der Vergangenheit wäre schon heute der Bevölkerungsanteil der Älteren weit größer.

(6)
Kühn, J.; Schwarz, K.: Modelluntersuchungen zur Beurteilung der Auswirkungen . . . , a.a.O., S. 83

(7)
Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die demographische Entwicklung der angenommenen Wanderungspopulation stark von den Annahmen über die Geburtenhäufigkeit und deren Angleichung an das Niveau der Geburtenhäufigkeit der einheimischen Bevölkerung abhängt. In unseren Modellen wurde eine sofortige Angleichung angenommen. – Es kommt außerdem wesentlich darauf an, welche Annahmen hinsichtlich der Altersstruktur der Einwanderer gewählt worden sind. Unsere Annahmen beruhen auf der Altersgliederung der deutschen Aussiedler 1986, die des Statistischen Bundesamtes auf der Altersgliederung der Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 1987 (Deutsche) bzw. 1987/89 (Ausländer). Steinmann geht von der Altersgliederung der Zuzüge 1986 aus und betrachtet die Ausländer der 3. Generation als Deutsche. Ferner geht er von einer anfänglich relativ hohen Geburtenhäufigkeit der Einwanderer aus. Aus diesen und anderen Gründen würden bei seinen Berechnungen schon etwa 280 000 Zuwanderer im Jahr genügen, um den Bevölkerungsstand langfristig zu erhalten. Vgl. Steinmann, G.: Immigration as a Remedy for Birth Dearth. The Case of Western Germany. In: Lutz, W. (Hrsg.): Future Demographic Trends in Europe and North America. What can we assume to-day? International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg. – Laxenburg: Academic Press 1991, S. 337 f.

(8)
Die Zahl erscheint gewaltig, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß der Zuwanderungsüberschuß der alten Bundesländer gegenüber dem Ausland 1989: 977 000, 1990: 1 041 000 und 1991: 749 000 betrug und die Zahl der per Saldo aufgenommenen Ausländer allein 1989: 332 000, 1990: 376 000 und 1991: 415 000 ausmachte.

(9)
Im Jahr 1990 wurden nur rund 18 000 Ausländer eingebürgert.

Prof. Dr. Karl Schwarz
Klopstockstraße 14
65187 Wiesbaden